
US-Gericht stimmt VW-Vergleich zu

Ein kalifornisches Distrikt-Gericht hat heute einem Vergleich zwischen Volkswagen und privaten Klägern zugestimmt. Kunden von Fahrzeugen mit manipulierter Abgassoftware können demnach ihr Auto zum Rückkauf anbieten bzw. eine vorzeitige Beendigung des Leasings in Anspruch nehmen oder den Wagen technisch umrüsten lassen. Zudem erhalten sie eine Entschädigung. Medien berichten von einer Summe zwischen 13,5 Milliarden US-Dollar (ca. 12,4 Milliarden Euro) und 16,5 Milliarden US-Dollar (ca. 15,1 Milliarden Euro).

Volkswagen hat dabei auch zugestimmt, über einen Zeitraum von drei Jahren eine Summe von 2,7 Milliarden US-Dollar (ca. 2,5 Mrd. Euro) in einen von einem gerichtlich bestellten Treuhänder verwalteten Fonds als Ausgleich für die erhöhten Stickoxid-Emissionen einzuzahlen. Zudem werden für die Dauer von zehn Jahren zwei Milliarden US-Dollar in die Infrastruktur für Null-Emissions-Fahrzeuge sowie in Initiativen investieren, die den Zugang und die öffentliche Sensibilisierung für Elektroantriebe fördern.

Von der Manipulation sind in den USA die VW-Modelle Beetle, Golf, Jetta und Passat sowie der Audi A3 betroffen, die mit einem 2,0-Liter-Dieselmotor ausgerüstet sind. Die ältesten Autos stammen von 2009 und die jüngsten aus dem vergangenen Jahr. Es soll sich um etwa 475 000 Fahrzeuge handeln.

An einer Lösung für ebenfalls mit manipulierter Abgassoftware ausgestattete Konzernmodelle mit 3,0-Liter-TDI wird noch gearbeitet.

Die Umrüstung der Fahrzeuge gestaltet sich nach Angaben von VW in den USA schwieriger als in Europa, da dort die Abgasvorschriften strenger und sich die Motoren von den europäischen unterscheiden. (ampnet/jri)

Bilder zum Artikel



Volkswagen Jetta in der US-Version.

Foto: Auto-Medienportal.Net/Volkswagen